

Nicht über die Köpfe der Bürger hinweg entscheiden

WA
15.8.2014

Bürgerinitiativen planen Gründung eines Aktionsbündnisses gegen die Planungsalternativen für die Y-Trasse

se Vierhöfen/Bahlburg. Die Vorstellung der Bahn AG von mehreren Planungsvarianten zur ursprünglich geplanten Y-Trasse hat viele Bürger in den betroffenen Regionen aufgeschreckt. Das betrifft vor allem die Landkreise Harburg und Lüneburg, die gleich durch vier Neubaurassen betroffen wären (der WA berichtete). Widerstandslos wollen die Bürger diese Planungen jedoch nicht hinnehmen. So trafen sich jetzt in Vierhöfen Vertreter von Bürgerinitiativen und Interessengemeinschaften aus Bahlburg, Raven, Salzhausen, Luhmühlen, Thieshope, Toppenstedt, Vierhöfen und Westergellersen sowie Vertreter der Naturschutzverbände BUND und NABU, um ein gemeinsames Vorgehen gegen die Pläne vorzubereiten. Das teilte das Bündnis jetzt in einer Presseerklärung mit.

Vorausgegangen war eine große Info- und Protestversammlung in Bahlburg, wo empörte Bürger und Initiativen den ersten Schulterschluss gegen die Streckenplanungen der Bahn vollzogen. Im Ergebnis will man gemeinsam für die zahlreichen und örtlich getrennt agierenden Interessengemeinschaften eine einheitliche Dachorganisation in der



Vertreter von Bürgerinitiativen trafen sich jetzt in Vierhöfen, um gemeinsam ein Aktionsbündnis gegen die Planungen zur Y-Trasse zu schmieden. Die offizielle Gründung soll am 17. September im Dörphus in Bahlburg erfolgen.

Foto: po

Rechtsform eines eingetragenen Vereins gründen. Daher sind alle Bürger der Landkreise Harburg und Lüneburg für Mittwoch, 17. September, ins Dörphus nach Bahlburg zur Gründungsversammlung eingeladen. Los geht es um 19.30 Uhr. Dort soll auch ein Aktions- und Maßnahmenkatalog für das weitere Vorgehen der Bürger beschlossen werden.

In der Zwischenzeit laufen weiterhin intensive Gespräche mit Bürgern aus weiteren Ge-

meinden, teilte der Sprecher des Aktionsbündnisses, Eberhard Leopold, mit. Die Initiatoren hoffen, dass sich das Aktionsbündnis in Zukunft noch erheblich erweitern wird. Das oberste Ziel des Aktionsbündnisses sei es aber, dass nicht über die Köpfe der Bürger hinweg entschieden werde. Zum anderen soll vermieden werden, dass Landkreise, Kommunen und Bürgerinitiativen gegeneinander ausgespielt werden.

In der Sache fassten die Initi-

ativen in Vierhöfen den Grundsatzbeschluss, alle in der Machbarkeitsstudie der Bahn AG geplanten Neubaustrecken – einschließlich der ursprünglichen Y-Trasse – mit Vehemenz abzulehnen, „weil diese für Hunderttausende von Menschen neue und gravierende Beeinträchtigungen ihrer Lebensqualität und den irreparablen Verlust von Natur und Landschaft bedeuten“. Wenn überhaupt, käme ein bedarfsgerechter Ausbau der Bestandsstrecke Ham-

burg – Lüneburg – Uelzen – Hannover mit dem Anspruch auf modernsten und umfassendsten Schallschutz in Betracht, teilte das Bündnis mit.

Diese Alternative könne aber nur zum Zuge kommen, wenn die Bahn den Nachweis für einen überzeugenden und transparenten Bedarf für den Güterverkehr erbringe. Dies sei bisher nicht der Fall, so das Bündnis. Die vorliegende Machbarkeitsstudie basiere auf veralteten Bedarfszahlen und missachte die neuesten Verkehrsprognosen des Bundesverkehrsministers für 2010 bis 2030, kritisiert das Bündnis. Nach dieser habe sich die Prognose für den Güterverkehr auf Bahn und Schiene insgesamt fast halbiert. Der Gesamtgüterumschlag im Hamburger Hafen habe erst heute wieder den Stand vor der Wirtschaftskrise erreicht. Dieser werde darüber hinaus in Zukunft von der Elbertiefung abhängen, von der keiner weiß, wann sie komme. Der Jade-Weser-Port drohe zudem ein Milliardengrab zu werden. Außerdem werde die in rund zehn Jahren erwartete Zunahme der Güterverkehrskapazitäten durch eine Verdopplung der Zuglängen noch nicht einmal im Ansatz erwähnt.